

EU auch im Interesse eines wirksamen Umweltschutzes stärken statt untergraben

Der BUND ist nicht nur der zentrale Nachhaltigkeitsverband unter den Umwelt- und Naturschutzverbänden. Er sieht sich zugleich als einen wichtigen Träger des demokratischen Gedankens, der sich nicht in gelegentlichen Wahlen erschöpft, sondern aktive Partizipation an Planungsverfahren, Demonstrationen, Diskussionen, Mediendebatten und den persönlichen Austausch auf diversen Ebenen zwingend erfordert. Dabei ist der BUND Teil des stärksten weltweiten Umweltverbandsnetzwerkes Friends of the Earth, weil er erkannt hat, dass wirksamer Umweltschutz einen starken transnationalen Rahmen voraussetzt:

So wichtig individuelles, unternehmerisches, kommunal-, landes- und bundespolitisches Tätigwerden auch ist, so unentbehrlich sind europaweit (oder noch darüber hinaus reichende) starke Umweltstandards. Fehlt eine starke EU, die allerorten geltende Umweltschutzregeln etabliert, kann nationale Umweltpolitik gerade bei transnationalen Problemen wie dem Klima- oder Biodiversitätsschutz ausgehebelt werden, indem Unternehmen ihre Produktion schlicht in Länder mit niedrigeren Standards verlagern. Zweifellos hat die EU eine umfassend ökologischen Anforderungen genügende Politik bislang nicht realisiert; doch hat sie wichtige Schritte in die richtige Richtung unternommen und bietet durch die Existenz ihrer etablierten Strukturen die Möglichkeit, weitere Schritte zu gehen. Bisher schädigt das Konsumverhalten hierzulande die Natur massiv auch außerhalb unserer Landesgrenzen. Das erfordert ein gemeinsames Vorgehen jenseits des einzelnen Nationalstaates und Bundeslandes.

Die Politik gerade auch in Sachsen weist demgegenüber genau in die andere Richtung. Allerorten anzutreffen ist eine zunehmende Distanziertheit gegenüber der europäischen Ebene bis hin zu nationalistischen Tönen. Dies ist gerade in einer Zeit verheerend, wo angesichts von Eurokrise, Brexit, weiteren Exit-Bewegungen in anderen EU-Mitgliedstaaten und veränderter US-Politik mehr denn je offen ist, ob die EU dauerhaft Bestand haben wird. Ein Verlust transnationaler Handlungsfähigkeit (oder gar ein mehr oder weniger weitgehender Rückfall in semiautoritäre staatliche Herrschaftsformen) wäre der Todesstoß für eine wirksame Umweltarbeit, wie sie der BUND vorantreibt und einfordert. Der BUND als Umwelt- und Naturschutzverband tritt daher öffentlich und gegenüber der sächsischen Landespolitik für eine klare proeuropäische Ausrichtung ein insbesondere in folgenden Hinsichten:

1. Zu einem wirksamen Umweltschutz gehört ein klares Bekenntnis zu Europa. Nötig sind eine weitere Stärkung des europäischen Umweltrechts und dessen konsequente Umsetzung in Sachsen, nicht etwa eine Rückbesinnung auf die nationale Perspektive. Auch von Sachsen aus muss die Forderung lauten: mehr und stärkere EU-(Umwelt-)Politik, nicht weniger. Denn ausreichend ist das erreichte Niveau bei Klima-, Natur-, Gewässer-, Ressourcen- oder Bodenschutz bei weitem noch nicht. Alle politischen Akteure müssen gegenläufigen nationalistischen Tendenzen entschlossen und hörbar entgegentreten.
2. Die EU als Ganzes hat sich zur Einhaltung der Temperaturgrenze von maximal 1,5-1,8 Grad globaler Erwärmung aus dem Pariser Klimaabkommen verpflichtet. Diese erfordert einen vollständigen Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen bei Strom, Wärme, Treibstoff und stofflichen Nutzungen wie Dünger innerhalb von 10-20 Jahren. Gerade bei der Braunkohle, aber auch sonst in der Energiepolitik ist deshalb (auch) in Sachsen eine radikale Kehrtwende nötig. Die sächsische Staatsregierung muss dafür nicht nur durch eigene Maßnahmen, sondern auch durch entsprechende Bundesratsinitiativen eintreten.

3. Auf europäischer (und völkerrechtlicher) Ebene ist wiederholt ein Stopp des Verlusts an Biodiversität sowie ein Stopp der schleichenden Verschlechterung der Ökosysteme beschlossen worden. Wir verlangen die konsequente Umsetzung dessen auch in Sachsen, auch wenn dies die konventionelle Landwirtschaft und den hohen Konsum tierischer Nahrungsmittel in der bisherigen Form in Frage stellt. Das schließt auch eine konsequente Neuausrichtung der Agrarsubventionen ein.
4. Wir fordern die konsequente Einhaltung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, deren Ziele wie ein guter Zustand der Gewässer bis 2015 in Sachsen bislang in weiten Teilen verfehlt wurden und werden.
5. Die EU hat mit Anforderungen an frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung sowie an Informationszugangsansprüche gegenüber der Verwaltung seit längerem zugunsten von Partizipation und gegen obrigkeitsstaatliche Tendenzen gerade im Umweltschutz Flagge gezeigt. Es muss Schluss damit sein, dass gerade auch in Sachsen der Informationszugang und die Partizipation immer wieder rechtswidrig erschwert werden.
6. Wir fordern ebenso die konsequente Einhaltung der transnationalen Vorgaben, die gegen die meisten umweltrelevanten Projekte eine Verbandsklage zulassen und nicht länger nur gegen einzelne Großvorhaben.
7. Wir fordern von der Staatsregierung und allen anderen politischen Akteuren, gerade auch in Sachsen die Migrationsdebatte nicht in einer Weise zu führen, die verdeckt, dass wir Bewohner der Industriestaaten mit unserem Hunger nach Öl einschließlich der daran geknüpften Unterstützung diverser Diktaturen im Nahen Osten seit Jahrzehnten den Nährboden für Kriege, Bürgerkriege und Terrorismus wesentlich mit beeinflusst haben. Steuern wir konsequent weg von den fossilen Brennstoffen, werden auch friedliche Lösungen im Nahen Osten zumindest wahrscheinlicher. Und es werden so auch Migrationsbewegungen ganz neuen Ausmaßes vermieden, wie sie der Klimawandel auslösen könnte.
8. Es muss Schluss damit sein, dass die politische Agenda zunehmend von EU-kritischen Themen und Bewegungen bestimmt wird und die massiven ökologischen Handlungsbedarfe dadurch weithin in Vergessenheit zu geraten drohen.

Der BUND Sachsen wird diese Forderungen tatkräftig haupt- und ehrenamtlich unterstützen. Dazu nutzt er insbesondere auch die Aktivierung seiner ehrenamtlichen Mitglieder für Aktionen und bei Projekten, seine politische Arbeit in Gremien, seine Beteiligungs- und Klagerechte in Planungsverfahren sowie eine gezielte Bildungs- und Pressearbeit.

Begründung

Der BUND Sachsen hat im Leitantrag der LDV 2016 u.a. beschlossen:

Wir fordern einen besseren Umgang mit Arten und Lebensräumen auf 100 % der Fläche, indem schädigende Einflüsse konsequent reduziert werden. Wir treten auch ein für eine konsequente Energie- und Klimawende weg von den fossilen Brennstoffen in wenigen Jahren und hin zu mehr erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Suffizienz. Zur Erreichung dessen müssen fossile Brennstoffe einen Preis bekommen, der ihre Schädlichkeit ausdrückt und die ökologische Wahrheit sagt. So werden der Klimawandel gebremst, Mobilität, Siedlungsentwicklung, Landwirtschaft und Ernährung schrittweise in eine natur- und klimaverträgliche Richtung gelenkt, stärker weg vom motorisierten Individualverkehr und einer Diät mit hohem Anteil tierischer Nahrungsmittel, die über den Faktor Futtermittel im Weltmaßstab drei Viertel der agrarischen Flächennutzung beansprucht. Auch die Agrarsubventionen müssen im Sinne eines schrittweisen Übergangs zu einem langfristigen flächendeckenden Ökolandbau grundlegend umgestaltet werden. Neubauten von Straßen sind in aller Regel abzulehnen.

Dies erfordert jedoch aus den genannten Gründen eine handlungsfähige EU, ohne damit andere Akteure aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

Antragsteller
gez. Landesvorstand des BUND Sachsen e.V.

Eingang: 18.02.2017